

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volksehrwürdigen der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Vollstreckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelleile 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf. Stellenangebote 10 Geis. Kolonelleile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Geis. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inierate v. ausw.: die 10 Geis. Kolonelleile 40 Pf. bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Abbruch des Hafnarbeiterstreikes?

Angenügende Mehrheit für Fortsetzung des Kampfes.

SPD. Hamburg, 4. Oktober.

Die Lage im Hamburger Hafen war auch am Montagmorgen noch unverändert. Vor Schichtbeginn sammelten sich große Massen von Hafnarbeitern an der Wasserkante, die es aber ablehnten, sich zur Arbeit vermitteln zu lassen. Ein kleiner Teil von Arbeitern, der sich anfangs geneigt zeigte, die Arbeit wieder aufzunehmen, ließ sich durch die allgemeine Stimmung der Kollegen dazu bewegen, eben falls im Streik auszuharren. In diesem Entschluß, nicht an die Arbeit zu gehen, zeigt sich die Verbitterung der Hafnarbeiter über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches. In einer

Erklärung der Streikleitung

wird betont, daß die Hafnarbeiter immer den Parolen ihres Vertrauenskörpers gefolgt seien, daß aber die Verbindlichkeitsklärung dem Haf den Boden ausgeflogen habe. Der Reichsarbeitsminister müsse für die Folgen allein verantwortlich gemacht werden. Die Erklärung wendet sich dann gegen den von kommunistischer Seite propagierten Gedanken der Einheitsfront im Streik mit den Werftarbeitern. Die Kommunisten machen überhaupt fieberhafte Anstrengungen, die Bewegung für ihre Zwecke auszunutzen. In einer Versammlung am Sonntag, zu der sie als besondere Zugkraft Thämann eigens nach Hamburg bemühten, wurde eine einzige Hehe gegen die Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei und deren Presse entfaltet.

Am Montagnachmittag tagte eine Versammlung der organisierten Hafnarbeiter, in der eine Erklärung des Hafnarbeiterrates abgegeben wurde, daß er von sich aus die Arbeiterkraft nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen könne, da er auch nicht zur Arbeitsniederlegung aufgefordert habe. Der Hafnarbeiterrat macht aber darauf aufmerksam, daß durch die Verbindlichkeitsklärung dem Betriebsrat das Recht genommen ist,

Streitigkeiten, die sich aus der jetzigen Arbeitsniederlegung ergeben, zu schlichten, da alle Arbeiter, die nicht zur Arbeit erscheinen, sich ihrer tariflichen Rechte begeben. Er ersucht die Verhandlungsleitung ferner, zum nächstmöglichen Termin die Löhne zu kündigen und die jetzige unbefriedigende Regelung zu beseitigen und empfiehlt den Arbeitern, die Arbeit am 5. Oktober wieder aufzunehmen.

Auf Grund dieser Empfehlung des Hafnarbeiterrates wurde in einer großen Versammlung der organisierten Hafnarbeiter am Montagnachmittag eine Abstimmung über Fortführung oder Abbruch des Streiks beschlossen. Die überwiegende Mehrheit stimmte für Fortsetzung des Kampfes. Über die nach gewerkschaftlichen Grundätzen zur Fortsetzung des Streiks erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde nicht erreicht. Das bedeutet, daß nach dem Beschluß der organisierten Hafnarbeiter der Kampf abgebrochen und die Arbeit am Dienstagmorgen wieder aufgenommen werden muß. Es ist anzunehmen, daß diesem Beschluß am Dienstag auch entsprochen wird.

Streik im Londoner Hafen.

II. London, 4. Oktober.

In den Londoner Docks brach heute unerwarteterweise ein milder Streik aus, dessen Ursache auf die bereits in der Zeit des Generalstreiks zurückgehende Weigerung der Londoner Hafnarbeiter zurückzuführen ist, einem Mitgliede der Hafnarbeiter-Gewerkschaft die Erlaubnis zum Betreten des Hafengebietes zu geben. In dem Dock von Tilbury traten infolgedessen 1500 Mann in den Streik, dem sich innerhalb weniger Stunden weitere 700 angeschlossen. Bis auf ganz wenige Arbeiter sind die Docks leer. Bisher konnten alle Schiffe mit verderblichen Waren noch rechtzeitig gelöscht werden. Wenn der Streik nicht innerhalb der nächsten zwei oder drei Tage beigelegt wird, ist zu erwarten, daß sich die Verschiffungen von London aus verzögern werden. Ob die Gewerkschaften den Streik der Arbeiter billigen werden, wovon die Dauer des Streiks abhängen dürfte, steht noch nicht fest.

Der Streik in England. Neue Arbeitsniederlegungen.

SPD. London, 4. Oktober.

Die endgültigen Abstimmungsergebnisse der Abstimmung in den Distrikten liegen am Montag noch nicht vor. Jedoch ist nach den vorliegenden Berichten eine Majorität für die Ablehnung der Vorschläge zu erwarten. So haben Schottland, Südwales, Northire und Nord-Cumberland die Regierungsvorschläge abgelehnt, was für den letztgenannten Bergbaudistrikt deshalb besonders bemerkenswert ist, als die Führer dieses Distrikts den Arbeitern eine Annahme der Vorschläge empfohlen hatten. Die Unternehmer melden heute mit dem Beginn der neuen Woche die Rückkehr von 9000 Arbeitern zur Arbeit, jedoch steht diesem Rückstrom eine entgegengesetzte Entwicklung in Welbeck und Nottingham gegenüber. Dort haben 7-8000 Arbeiter neuerdings die Arbeit niedergelegt. Der Daily Herald vom Dienstag schreibt in einem Kommentar zu der neuen Arbeitsniederlegung in der Zeche Welbeck, dieser Vorgang sei weniger um seiner selbst willen als seiner Perspektiven, die er eröffnet, von großer Bedeutung. Wenn Arbeiter, die schon zur Arbeit zurückgekehrt seien, in der Art auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen der Unternehmer reagieren, so ließe sich leicht voraussetzen, daß ein wahrer Guerillakrieg im Kohlengebiet zu erwarten sei, wenn die große Majorität, die bisher noch Widerstand leistet, zur Arbeit auf der Basis der Unternehmerbedingungen gezwungen werde. Baldwin's Politik sei geschaffen, die Unruhe im Kohlengebiet zu verewigen.

Der Sekretär der Bergarbeiter Cook, der am Sonntag in drei Versammlungen gesprochen hatte, ist während der letzten Versammlung in Glasgow infolge Ueberanstrengung zusammengebrochen und mußte ohnmächtig abtransportiert werden. Sein Befinden hat sich inzwischen gebessert, jedoch war er noch nicht in der Lage, nach London zurückzukehren.

Die Tel.-Union meldet aus London, daß die Zahl der zur Arbeit zurückgekehrten Bergarbeiter am Montag wieder beträchtlich gestiegen sei und jetzt über 171 000 betrage. Die vorstehende Meldung beweist, daß diese Zahlenangaben keine Rückschlüsse auf den wirklichen Stand der Dinge gestatten.

Anschläge auf die Rechte der Gewerkschaften.

Die Pläne der Konservativen.

SPD. London, 5. Oktober. (Radio.)

Der Parteitag der englischen Konservativen wird, wie die Moskische Zeitung zu melden weiß, an die Regierung Baldwin folgende Forderungen auf Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften richten:

1. sollen die Gewerkschaften schadenersahnsfähig gemacht werden, wenn sie ihre Mitglieder durch einen Streikbeschlus auffordern, ohne Kündigung ein bestehendes Lohnabkommen zu brechen;
2. soll die gesetzliche Bestimmung aufgehoben werden, wonach der Mitgliedsbeitrag einer Gewerkschaft zugleich ein Mitgliedsbeitrag für eine politische Partei enthalten darf (durch diese Bestimmung soll die aus Gewerkschaftsmitteln erhaltene Labour Party getroffen werden);
3. vor Erklärung eines Streikes soll eine geheime Abstimmung der Mitglieder der Gewerkschaft stattfinden. Die Abstimmung ist von unabhängigen Persönlichkeiten durchzuführen;
4. der Begriff des „friedlichen Streikpostens“ soll erheblich eingeschränkt werden.

Frankreich in China.

WTB. London, 4. Oktober.

Ein Berichtstatter des Daily Telegraph will erfahren haben, daß ein Kontrakt zwischen der französischen Interessengruppe Schneider-Creusot und Marschall Tschangscholin unterzeichnet worden sei, wonach jener der Bau einer Eisenbahnlinie von Schichuan nach Tsingtau (an der Bahnlinie Peking-Tientsin) nach Tschangschau (an der Linie Tientsin-Pufau) übertragen wird. Eine Klausel des Abkommens sieht einen Barvorstoß von 35 Millionen Dollar innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Kontraktes vor.

Eine solche Bahn hätte für den französischen Eisenbahnimperialismus eine nicht geringe Bedeutung. Die genannte Verbindung der beiden parallel laufenden Bahnstrecken wäre die einzige in den nördlichen Provinzen. Hierdurch würde auch der kürzeste Bahnweg zwischen dem Süden Tschilis und Schantung hergestellt sein; beide Provinzen gehören zum Machtbereich Tschangscholins. Daß Frankreich sich für seine wenn einseitigen auch nur ganz kleine imperialistische Tätigkeit in China ausgerechnet hinter Tschangscholin lehnt, ist nicht verwunderlich. Denn gerade von ihm als dem Beherrscher der Mandschurei versuchten kürzlich, wie wir berichteten, die französischen Kreise der Russisch-Asiatischen Bank, sich ihre Eigentumsrechte an der russischen Ostsibabahn wieder herstellen zu lassen. Damit scheinen sie allerdings wenig Glück gehabt zu haben. Die Russisch-Asiatische Bank ist übrigens dieser Tage mit ihrer Pariser und Schanghai Niederlage in Liquidation getreten. Den Anspruch auf die Ostsibaische Bahn hat man jedoch nicht fallen lassen.

Umbildung der ungarischen Regierung. Wie die Berliner Wäster aus Budapest melden, hat der ungarische Innenminister Rakaszky seine Demission gegeben. Mit seinem Rücktritt wird die Umbildung des Kabinetts Beschlen eingeleitet.

Mehr Klarheit, weniger Schmus!

Wieder eine „Revision“ des Marxismus.

A. G. Nach dem revolutionären Gewitter der ersten Nachkriegsjahre schieden die „Widerleger“, „Ergänzer“ und „Revidierer“ des Marxismus wie Pilze aus dem durch die wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen des letzten Jahrzehnts aufgerissenen Boden. Einerseits sind große Schichten des sogenannten „Mittelstandes“, dieses Sammelbedens der bürgerlichen Geistesarbeiter und Intellektuellen, in unmittelbare wirtschaftliche und gesellschaftliche Nähe des Proletariats gegangen. Andererseits sind nach den vielen Jahren des Burgfriedens, der Arbeitsgemeinschaften, der Volksgemeinschaft, der diversen kleinen und großen Koalitionen die Schranken gefallen, die die ersten Generationen der proletarischen Kämpfer im Heldenzeitalter der sozialistischen Bewegung gegen die geistigen Beeinflussungsversuche der Laienprediger des Kapitalismus aufgerichtet hatten. Die Geistesprodukte der bürgerlichen „Sozialreform“, dies alle und erprobte Mittel der Ablenkung des Proletariats von dem „Staatsgefährlichen“ Klassenkampf, hatten keine Quarantäne mehr zu passieren beim Betreten proletarischen Grundes. Alle Adenhiüter, nach denen zu Bebel und Haase Zeiten kein Hahn mehr gekräht hat, wurden flugs herbeigezaubert, mit etlichen wissenschaftlichen Etiketten versehen und durch diplomierte Männer mit Professoren- und Dokortiteln unter die Massen gebracht.

Unterdes waren aber im proletarischen Lager erhebliche Umsichtigungen vor sich gegangen. Die ältere, an die bloße Organisationsstradition gebundene Schicht der Parteifunktionäre war, soweit sie dem Apparat der alten Organisation die Treue wahrte, mit Haut und Haaren in die „Staatsmännliche“ Gedankenwelt der Sozialpatrioten hineingewachsen. Nach der Revolution vollzog sich auch in ihren gesellschaftlichen Funktionen eine Wandlung. Zehntausende von öffentlichen Funktionären waren für Vertreter der Sozialdemokratischen Partei freigeworden, der Funktionärkörper der Mehrheitspartei wurde fast reiflos in den Verwaltungs- und Aufsichtapparat der Gemeinden, der Länder, des Reiches, der gemeinwirtschaftlichen und Fürsorgeinstitutionen des Staates hinübergepflanzt. Die nachfolgende Generation erhielt die Last der Organisationsarbeit aufgebürdet, an eine planmäßige Schulung des Nachwuchses war nicht zu denken. Zu einem, allerdings wesentlich geringeren Teil wurden auch die USB- und KPD von diesen politischen Verschiebungen betroffen. Den entscheidenden Schlag erfuhr indes der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung von der entgegengesetzt verlaufenden Tendenz der Nachkriegsumwälzungen.

Litt die Mehrheitspartei unter der Dezimierung der sozialistischen Kadern ihrer Organisation durch die Anforderungen des Wiederaufbaus der im Kriege zerrütteten staatlichen (freilich kapitalistischen) Organisation der Gesellschaft, so erlag die Linke der Arbeiterbewegung den Einflüssen des Zerfalls der Wirtschaft und des Staates. Angesichulte, schwer organisierbare Massen strömten der Bewegung zu, die Jahre hindurch aus dem Produktionsprozeß herausgerissen oder in ihn überhaupt noch nicht eingegliedert waren. Die Schärfe der Klassenkämpfe, der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Macht verhinderte den Aufbau der Organisationsfunktion und machte eine sozialistische Schulung der jüngeren Generation unmöglich. Die zielbewusste Spaltungs- und Zerfärbungsarbeit des Kommunismus Moskauer Observanz tat das übrige.

So stand dem Ansturm der kapitalistischen Gedankenwelt ein geistig unvorbereitetes, in seiner ideologischen Widerstandskraft geschwächtes Proletariat gegenüber. Indes hatte die Zerlegung des Kapitalismus und die ihr folgende Proletarisierung des Mittelstandes bedeutende Kadern der gesellschaftlichen Zwischenschichten in einen Gegenstoß zur Bourgeoisie gebracht, sie an der Möglichkeit eines behäuflichen, auskömmlichen Daseins im Rahmen des Kapitalismus verzweifeln lassen. Diese Schichten wurden teils in die Arme des Faschismus, teils in die Nachbarschaft des sozialistischen Proletariats getrieben. Aber ob faschistisch, ob gefühlssozialistisch und Kleinbürgerlich-radikal, die Geisteshaltung dieser Schichten blieb in ihrem Wesen einheitlich und in ihren Grundtendenzen unberührt. Die Sehnsucht nach Ruhe, nach sozialer Frieden, nach der Herbeiführung eines stabilen Gesellschaftszustandes, in dem das Verhältnis der „Stände“ zueinander festgegliedert wäre, so daß die auf Anarchie und Interessentkampf gegründete kapitalistische Gesellschaftsordnung einen „Sinn“ und einen geistigen Gehalt erhielt: das war der Antrieb der entworfenen Mittelständler, teils gedanklich ausgeprochenes, teils bloß gefühlsmäßig geahntes Grundprogramm der proletarisierten Intellektuellen, der Ideologen des Mittelstandes.

Eine Reaktion auf die Zerrissenheit und Zerfärbung der kapitalistischen Welt verbindet sich dort mit einem Streben nach Eingebung und Sinnerfüllung des gesellschaftlichen Daseins, das entweder in der Sehnsucht nach der Wiederkehr der „Gemeinschaftsordnung“ des Mittelalters oder aber in dem Suchen nach einer höheren Einheit und Gemeinschaft in Gott, in dem Rückfall in die religiöse Gedankenwelt seinen Ausdruck findet. Bei der geistigen Zerfahrenheit, Rich-